



Atomfreies 3-Ländereck e.V. • Postfach 1123 • 37675 Beverungen

**ATOMFREIES  
3-LÄNDERECK  
e.V.**

Postfach 1123  
37675 Beverungen  
info@atomfreies-dle.de

## Pressemitteilung vom 12.05.2021

### **Ein Jahr „Atomfreies 3-Ländereck e.V.“ – Gegner des „Logistikzentrums“ für Atommüll an der Weser bauen politisches Netzwerk weiter aus**

Vor etwas mehr als einem Jahr gelang der Bürgerinitiative aus Beverungen „die erste online-Vereinsgründung“. Inmitten des Corona-Lockdown wurde der gemeinnützige Verein „Atomfreies 3-Ländereck e.V.“ gegründet und in das Vereinsregister eingetragen.

Damit war der Grundstein für eine effektive Arbeit gegen Deutschlands einzigen, zentralen „Atommüllverschiebebahn“ inmitten des Dreiländerecks gelegt. Seither baute sich der Widerstand gegen die Pläne, ausgerechnet Würgassen, fernab überregionaler Verkehrswege zum Logistikzentrum für sämtliche schwach- und mittelradioaktiven Abfälle Deutschlands zu machen, stetig aus. Ungebremst wird durch den Verein das Ziel verfolgt für eine bestmögliche, verantwortungsvolle, sichere und kosteneffiziente Entsorgung der radioaktiven Hinterlassenschaften, welche während der 60 Jahre währenden Nutzung der Kernenergie angefallen sind, Sorge zu tragen. „Mit der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in Deutschland fängt der Atomausstieg erst an“, sagt Dirk Wilhelm, Vorsitzender der BI. „Hierbei gleich zum Beginn eine Entscheidung gegen klare Sachverhalte zu fällen, wird dem gegebenen Anspruch an Verantwortung nicht gerecht“.

Nach insgesamt fünf Kreistagen und etlichen Kommunen, welche sich gegen das von der BGZ an der Weser geplante Lager aussprechen, sollen nun auch die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen, sowie die Bundesregierung von den Schwächen der Standortauswahl und den Mängeln des Standorts Würgassen überzeugt werden. „Da heißt es Kontakte knüpfen, den Dialog suchen, informieren und konsequent dranbleiben“, sagt Dirk Wilhelm, der bereits mehrfach in diversen Kreistags- und Ratssitzungen, sowie öffentlichen Informationsveranstaltungen zum Thema ausführte. Auch den persönlichen Dialog in den Landtagen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen kann die Bürgerinitiative als Erfolg verbuchen. Als Konsequenz



---

aus den derzeitigen Anstrengungen des Vereins ergibt sich aktuell ein neuerlicher Besuch vor Ort :

Der Landtagsabgeordnete Christian Grascha hat die Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck e.V. mit ihrem Vorsitzenden und weiteren Vertretern in Würgassen und Umgebung besucht. „Für mich war es wichtig, mir einen Eindruck vor Ort zu verschaffen. Dass die Öffentlichkeit und die Kommunalpolitik bei der Standortentscheidung der BGZ für das bundesweit einzige zentrale Bereitstellungslager für sämtliche schwach- und mittelradioaktiven Abfälle Deutschlands nicht beteiligt wurde, ist ein Fehler und hat Vertrauen gekostet“, so Christian Grascha, der auch Landratskandidat im Landkreis Northeim von CDU und FDP ist. Der breite gesellschaftliche Konsens, den man bei der Suche eines Endlagers anlegt, sollte auch hier angestrebt werden. Letztlich hat das Vorhaben jahrzehntelange Auswirkungen auf die Region.

Nach den bekannten Auswahlkriterien sprächen diverse Punkte gegen den Standort Würgassen. Die geplante Fläche liege im Hochwasserrisikogebiet und die stark zu nutzende Bahnstrecke sei nur eingleisig und ohne Oberleitung. Außerdem seien die Abstände zur Wohnbebauung zu gering. Insbesondere die Logistik über die Bahnschiene würde die gesamte Region belasten. „Nach meinem Eindruck ist Würgassen als Bereitstellungslager ungeeignet. Ich werde mich auch im Landtag dafür stark machen, dass sich das Land klar dagegen positioniert“, stellte Grascha klar.

Vor kurzem haben die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ein Logistikgutachten in Auftrag gegeben. „Wir haben die Erwartung, dass mit diesem Gutachten transparent untersucht wird, ob und in welcher Größe ein Bereitstellungslager erforderlich ist, welcher Standort logistisch sinnvoll ist und welche Auswirkungen auf die weiteren Zwischenlager bzw. deren Logistik vorhanden sind“, fordern Christian Grascha und Dirk Wilhelm. „Dazu werde im Landtag zur Zeit ein Entschließungsantrag beraten und ein gemeinsames Vorgehen zwischen den Fraktionen abgestimmt.“ ergänzt der Landtagsabgeordnete.